

PPPS IN DER SICHERHEITSPOLITIK: CHANCEN UND GRENZEN

Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren ist zu einem wichtigen Instrument im Politikbereich der inneren Sicherheit geworden. Public-Private Partnerships (PPPs) übernehmen wesentliche Aufgaben beim Schutz kritischer Infrastrukturen, bei der Cyber-Sicherheit oder bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung solcher Partnerschaften in den Bereichen Koordination, Erwartungsmanagement, Transparenz und Gewährleistung der Kohärenz dürfen aber nicht unterschätzt werden.



Die öffentlich-private Kooperation gewinnt auch in der Sicherheitspolitik an Gewicht.

Seit den 1990er Jahren wurden die Grenzen zwischen dem Privatsektor und dem Staat zunehmend durchlässiger. Die Politik des New Public Management führte zu Privatisierungen verschiedenster öffentlicher Dienstleistungen. Die Grundidee hinter dieser Reform des öffentlichen Sektors ist es, die effizienten Produktionsmethoden des Privatsektors auch bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen zu nutzen. Die Behörden konzentrieren sich in diesem Modell auf die politische und strategische Steuerung und überlassen die operative Umsetzung privaten Akteuren. Vor diesem Hintergrund sind in vielen Politikbereichen sogenannte *Public-Private Partnerships* (PPPs) entstan-

den. Das Label PPP wird für verschiedene Formen der Zusammenarbeit verwendet. Allgemein gebräuchlich ist es für langfristige Kooperationen zwischen privaten und öffentlichen Akteuren zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe.

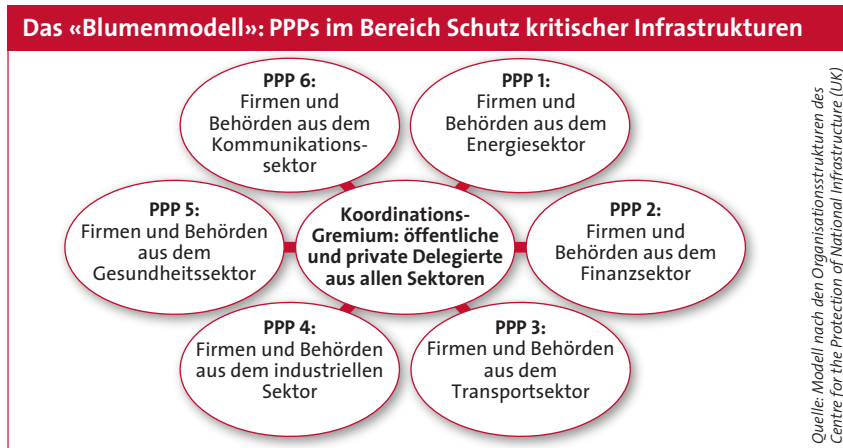
In der Sicherheitspolitik war vom Trend zu neuen Formen der öffentlich-privaten Kooperation lange Zeit wenig zu spüren. Die Gewährleistung der Sicherheit ist nicht einfach eine unter vielen Dienstleistungen, die der Staat zu erbringen hat. Weil Sicherheit direkt mit der Frage nach dem Gewaltmonopol verknüpft ist, gilt Sicherheitspolitik traditionell als exklusive Domäne des Staates. Trotzdem gibt es auch

in diesem Bereich eine Tendenz zu mehr Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft. Die Auslagerung von Militäraufgaben an private Sicherheitsdienstleister, wie man es insbesondere bei den amerikanischen Streitkräften beobachten kann, ist dabei das bekannteste, aber auch umstrittenste Beispiel.

Weniger Aufmerksamkeit wird üblicherweise der Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit zuteil. Dennoch ist diese Zusammenarbeit zunehmend wichtig geworden. In vielen Ländern gibt es heute PPPs, die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Schutz der Bevölkerung übernehmen. Beispiele dafür sind die Partnerschaften zum Schutz kritischer Infrastrukturen, zur Prävention von Cyber-Angriffen oder zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

Bedeutungsanstieg in der Sicherheitspolitik

Wie lässt sich erklären, dass der Staat selbst im sensiblen Bereich der inneren Sicherheit vermehrt die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor sucht? Zwei Faktoren sind entscheidend. Zunächst ist die verstärkte Kooperation eine Folge der wirtschaftlichen Liberalisierung. Die Privatisierung von Staatsbetrieben hat dazu geführt, dass der Staat keinen direkten Einfluss mehr auf gewisse Unternehmen hat, die staatstragende Funktionen ausüben. Dies lässt sich gut am Beispiel des Telekommunikationssektors zeigen. Die Telekommunikation unterstand lange direkter staatlicher Kontrolle. Die Regierungen konnten direkt



bestimmen, welche Sicherheitsstandards die entsprechenden Netze zu erfüllen hatten. Heute, im liberalisierten Telekommunikationsmarkt, kann der Staat nur noch indirekt Einfluss nehmen, indem er regulativ eingreift, Anreize setzt oder eben die Zusammenarbeit mit den Betreibern sucht.

Der zweite Faktor, der zur wachsenden Bedeutung von PPPs in der Sicherheitspolitik beiträgt, ist die Komplexität des sozio-ökonomischen Umfelds. Heutige Gesellschaften sind durch eine hohe Interdependenz verschiedenster Bereiche geprägt. Wenn z.B. die Stromversorgung ausfällt, kann dies leicht zum Ausfall von Transportsystemen führen, was wiederum zur Folge hat, dass Personen an ihrem Arbeitsplatz fehlen und deshalb wichtige Aufgaben nicht mehr ausgeführt werden. Durch den flächendeckenden Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien haben die Vernetzung und die gegenseitige Abhängigkeit noch zugenommen. Ausfälle an neuralgischen Punkten können zu Kaskaden-Effekten führen, deren Dynamik sehr schwer vorhersehbar ist.

Um die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Dienstleistungsbetrieben im Krisenfall optimal organisieren zu können, müssen die Behörden wissen, wo die Schnittstellen zwischen den Unternehmen liegen. Der Schutz der Bevölkerung erfordert eine vernetzte Planung, die nur mithilfe von kooperativen Netzwerken möglich ist. Der Aufbau von Partnerschaften, in welchen sich die Verantwortlichen aus Unternehmen und aus den zuständigen Behörden auf mögliche Krisenfälle vorbereiten, gehört deshalb zu den zentralen Aufgaben im Bevölkerungsschutz.

Kooperationsbeispiele

Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren ist besonders

beim Schutz kritischer Infrastrukturen wichtig. So werden diejenigen Unternehmen bezeichnet, welche die Verfügbarkeit zentraler Güter oder Dienstleistungen (z.B. Energie, Transport oder Telekommunikation) gewährleisten. Viele Länder haben umfassende Programme entwickelt, um die Kooperation in diesem Bereich zu organisieren. Im Zentrum steht dabei der Austausch von sicherheitsrelevanten Informationen zwischen den Betreibern der kritischen Infrastrukturen und den Behördenvertretern.

Die Zusammenarbeit ist meist sektoriell organisiert. Das bedeutet, dass hauptsächlich Unternehmen und Behörden aus dem gleichen Wirtschaftssektor sich über Risiken, Trends und mögliche Schutzmassnahmen austauschen. Die Koordination der verschiedenen sektoriellen Partnerschaften übernimmt häufig ein übergeordnetes Gremium, das sich wiederum aus öffentlichen und privaten Vertretern aus allen Sektoren zusammensetzt. Diese strukturierte Form der öffentlich-privaten Zusammenarbeit kann als «Blumenmodell» beschrieben werden (siehe Grafik). Diesem oder einem ähnlichen Modell folgen die Programme zum Schutz kritischer Infrastrukturen z.B. in Grossbritannien, in den Niederlanden, in Australien oder auch in den USA.

Einer ähnlichen Logik folgen die Partnerschaften im Bereich der Cyber-Sicherheit. Auch bei diesen PPPs geht es in erster Linie um den Austausch von Informationen. Die Unternehmen teilen den Behörden mit, welche Vorfälle sie registriert haben, wo mögliche Sicherheitslücken bestehen und welche Schutzmassnahmen sie ergriffen haben. Dies ermöglicht es den Behörden, sich ein Bild über die Bedrohungen und Risiken im Bereich der Cyber-Sicherheit zu machen. Im Gegenzug erhalten die Unterneh-

men Unterstützung bei der Prävention von Vorfällen und der Reaktion auf Ereignisse. Weil der Cyberspace keine nationalen Grenzen kennt, spielen die Behörden besonders bei der Koordination mit anderen Ländern eine entscheidende Rolle. Die starke gegenseitige Abhängigkeit zwischen Staat und Unternehmen bei der Cyber-Sicherheit hat zum durchschlagenden Erfolg von PPPs in diesem Bereich beigetragen. In fast allen Ländern werden PPPs in den Strategien und Initiativen zum Thema Cyber-Sicherheit als wichtiges Instrument erwähnt.

Die Programme zum Schutz kritischer Infrastrukturen und zur Förderung der Cyber-Sicherheit sind Beispiele für neu etablierte Partnerschaften. Die verstärkte Zusammenarbeit in der inneren Sicherheit ergibt sich aber auch aus einer Vertiefung bereits existierender Kooperationsformen. Im Bereich der Versorgungspolitik beispielsweise besteht in dieser Hinsicht eine lange Tradition. Es gehört zu den zentralen Aufgaben des Staates, die Verfügbarkeit notwendiger Güter wie Esswaren, Rohstoffe, Energie oder Medikamente auch in Krisenzeiten zu gewährleisten. Im Rahmen der Versorgungspolitik – die in der Schweiz auf die Erfahrungen aus den Weltkriegen zurückgeht – hat der Staat schon früh die Zusammenarbeit mit den Herstellern dieser Güter gesucht. Häufig haben die Behörden dabei direkt in den Markt eingegriffen, zum Beispiel mit der Vorschrift, Pflichtlager für bestimmte Güter zu erstellen.

Heute wird vermehrt versucht, die Versorgungssicherheit nicht mehr mit Vorschriften, sondern mit verstärkter Kooperation zu gewährleisten. Um die komplexen nationalen und internationalen Vernetzungen der Wirtschaft zu verstehen und daraus eine effektive Vorsorgepolitik abzuleiten, sind die Behörden auf die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft angewiesen. Die Unternehmen sind umgekehrt ebenfalls an einer effektiven Regulierung interessiert. Einerseits wollen sie unnötige Markteingriffe vermeiden, andererseits sind sie selbst auch auf Ressourcen anderer Unternehmen angewiesen und sind daher an einer hohen Versorgungssicherheit interessiert.

Das Beispiel der Wirtschaftlichen Landesversorgung (WL) in der Schweiz veranschaulicht, wie sich die Politik der Versorgungssicherheit – die lange durch den (vermeintlichen) Gegensatz zwischen Interventionismus und Marktfreiheit charakterisiert war – in den letzten Jahren ver-

mehrt hin zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit entwickelt hat. Die heutige Struktur der WL wird stark durch das Zusammenwirken von Milizpersonal aus den Unternehmen und Behörden geprägt. Insgesamt sind über 300 Kaderleute aus der Wirtschaft und der Verwaltung involviert. Das Bundesamt für Wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) dient als Stabsstelle, welche die Zusammenarbeit koordiniert und strukturiert. Gemeinsam versuchen die Vertreter von Firmen und Behörden, Vorkehrungen für Krisensituationen zu treffen. Die Einsicht hat sich durchgesetzt, dass weder der Markt noch der Staat ohne gegenseitige Unterstützung die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Gütern gewährleisten können.

Die Verbreitung von PPPs im Bereich des Schutzes kritischer Infrastrukturen, der Cyber-Sicherheit und der Versorgungspolitik zeigt, wie wichtig die öffentlich-private Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik geworden ist. Es ist dabei wesentlich zu verstehen, dass *Public-Private Partnerships* im Politikfeld der inneren Sicherheit nicht dazu dienen, Aufgaben der Sicherheitspolitik zu privatisieren, sondern dass sie eine Ergänzung und Alternative zu regulativen staatlichen Eingriffen darstellen. In einem stark vernetzten und dynamischen Umfeld lässt sich Sicherheit kaum mehr effektiv über Vorschriften herstellen. Eine Fokussierung auf das gemeinsame Interesse an einem sicheren und berechenbaren Umfeld kann helfen, den manchmal durchaus vorhandenen Widerspruch zwischen Sicherheit und Wirtschaftlichkeit zu überbrücken.

Herausforderungen und Grenzen

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung eines partnerschaftlichen Ansatzes in der Sicherheitspolitik sollten nicht unterschätzt werden. In der Praxis stellen sich zwei grosse Herausforderungen. Erstens kann die Zusammenarbeit nur dann fruchtbar sein, wenn sie gut koordiniert wird. Dies beinhaltet verschiedene Aufgaben. Zunächst müssen alle relevanten Akteure vom Wert der Kooperation überzeugt werden. Anschliessend muss man sich auf gemeinsame Ziele und Vorgehensweisen einigen und bestimmen, wer für die Umsetzung welcher Massnahmen verantwortlich ist. Alle diese Schritte bergen Konfliktpotenzial und müssen in manchmal langwierigen Prozessen ausdiskutiert werden. Es braucht daher Akteure, welche die Zusammenarbeit koordinieren, strukturieren und inhalt-

PPPs in der Praxis: Beispielhafte Aktivitäten im Bereich Cyber-Sicherheit

- Unterstützung bei Vorfällen:** Das Netzwerk der PPPs wird genutzt, um einen Vorfall (Virus, Hackerangriff etc.) zu analysieren und technische Gegenmassnahmen zu definieren. Die öffentlichen Akteure bieten – falls notwendig – Hilfe bei der Einleitung rechtlicher Schritte oder bei der Koordination mit ausländischen Behörden.
- Frühwarnung:** Über interne Kommunikationskanäle werden die Mitglieder rasch über Angriffe auf andere Mitglieder orientiert. So können sie wenn nötig sofort Gegenmassnahmen einleiten.
- Workshops:** In regelmässigen Treffen werden die Mitglieder von Experten über neue Gefahren und Schutzmöglichkeiten gegen Cyber-Angriffe aufgeklärt. Die Workshops dienen nicht nur zum Austausch von Fachwissen, sondern helfen auch, das gegenseitige Vertrauen zu stärken.
- Öffentlichkeitsarbeit:** Die Mitglieder engagieren sich gemeinsam bei der Aufklärung der Nutzer von Internetdiensten über mögliche Gefahren. Das gemeinsame Vorgehen erhöht die Glaubwürdigkeit der Warnungen.

lich vorantreiben. Diese können aus dem öffentlichen oder dem privaten Sektor stammen. Wichtig ist, dass sie über die notwendigen Ressourcen für das Management der Partnerschaft verfügen und von den anderen Partnern als Organisatoren der Zusammenarbeit anerkannt werden.

Die zweite Herausforderung besteht in der Kommunikation nach aussen. Das grosse Potenzial, das dem Konzept der öffentlich-privaten Zusammenarbeit zugeschrieben wird, führt teilweise zu sehr hohen Erwartungen. Sowohl die Behördenvertreter als auch die Repräsentanten der Unternehmen müssen ihren Vorgesetzten Rechenschaft ablegen. Es ist teilweise schwierig, bei diesen Verständnis dafür zu wecken, dass es relativ lange dauern kann, bis konkrete Resultate vorgewiesen werden können. Weil viele Unternehmen international operieren, kann es zudem herausfordernd sein, die Unternehmensleitungen von der Wichtigkeit der nationalen oder sogar lokalen Zusammenarbeit zu überzeugen.

Neben diesen praktischen Herausforderungen ist es auch entscheidend, dass bei der Kooperation demokratische Grundsätze berücksichtigt werden. Auch wenn es legitim ist, dass die Behörden in erster Linie mit den unmittelbar sicherheitsrelevanten Unternehmen zusammenarbeiten, darf dies nicht zu wettbewerbsverzerrenden Bevorteilungen führen. Zudem muss ein Mindestmass an Transparenz gewahrt bleiben, dies auch in Partnerschaften, in welchen heikle Informationen ausgetauscht werden. Die Behördenvertreter müssen sicherstellen, dass sich die PPPs nicht ausserhalb der demokratischen Kontrollmechanismen bewegen und dass sie ihrem jeweiligen demokratischen Aufsichtsorgan Auskunft über die Aktivitäten geben können.

Bei der Umsetzung eines partnerschaftlichen Ansatzes ist es zentral, dass die Kohärenz in der Sicherheitspolitik nicht verloren geht. Es bleibt die Aufgabe der Regierung, sicherheitspolitische Prioritäten zu setzen und für die Implementierung der definierten Politik zu sorgen. PPPs können dabei ein erfolgsversprechendes Instrument sein, weil eine Kooperation oft effektiver ist als eine Regulation. Eine Zusammenarbeit bedingt aber, dass die Regierung ihre Unabhängigkeit gegenüber Privatinteressen wahrt und die PPPs so steuert und koordiniert, dass sie den übergeordneten sicherheitspolitischen Zielen dienen. Nur so kann gewährleistet werden, dass ein partnerschaftlicher Ansatz in der Sicherheitspolitik erfolgreich ist und gesellschaftlich akzeptiert bleibt.

PPPs in der Schweiz

In der Schweiz gibt es mehrere erfolgreiche Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen Staat und Unternehmen im Bereich der Sicherheitspolitik. Neben dem Bundesamt für Wirtschaftliche Landesversorgung basiert auch das Programm zum Schutz kritischer Infrastrukturen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) auf der öffentlich-privaten Zusammenarbeit. Ebenfalls zu erwähnen ist die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI), welche sich auf den Schutz der Informationsinfrastrukturen konzentriert.

Diese funktionierenden Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Akteuren belegen das Potenzial der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der Schweiz. Im internationalen Vergleich verfügt das Land über besonders günstige Voraussetzungen dafür. Weil das Milizsystem breit verankert ist, besteht kein tiefer Graben zwischen dem Verwaltungs- und dem privatwirtschaftlichen Sektor. Es gibt

zahlreiche sektorenübergreifende Netzwerke, die für die Zusammenarbeit genutzt werden können. Während das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft in zahlreichen anderen Ländern von grossem gegenseitigem Misstrauen geprägt ist, was die Zusammenarbeit oft behindert, ist dieses Problem in der Schweiz dank des Milizsystems und dank der geografischen Kleinräumigkeit deutlich geringer.

Die grösste Herausforderung bei der Umsetzung des PPP-Ansatzes in der Schweiz liegt im ausgeprägten Föderalismus. Die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden kann dazu führen, dass die Verteilung der Verantwortlichkeiten behördenseitig unklar ist. Die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft kann aber nur dann erfolgreich funktionieren, wenn stets klar ist, welcher Akteur aus der öffentlichen Verwaltung Ansprechpartner für die Unternehmen ist. Die Implementierung von PPPs setzt deshalb eine sorgfältige Koordination zwischen den verschiedenen behördlichen Instanzen voraus. Diesbezüglich kann es hilfreich sein, wenn einem Akteur ein klares Mandat für die Koordination der Partnerschaften in einem konkreten Bereich der Sicherheitspolitik verliehen wird.

Es wäre zu begrüßen, wenn der kooperative Ansatz in Zukunft vermehrt möglichst früh bei der Politikformulierung im Bereich der inneren Sicherheit berücksichtigt wird. Dies bedingt klare Vorgaben an die einzelnen Behörden zu den Verantwortlichkeiten bei der Förderung und Umsetzung der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Gerade weil das Instrument der PPPs in der Sicherheitspolitik noch viel Potenzial aufweist, ist es umso wichtiger, dass es umsichtig und verantwortungsvoll angewendet wird.

Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperte für diese Analyse:
Manuel Suter
suter@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.ssn.ethz.ch

Bisher erschienen



- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen
- Nr. 68: Finnland: Krisenmanagement und Territorialverteidigung
- Nr. 67: Auslandseinsätze der Armee: Stand und Optionen
- Nr. 66: Die Shanghai Cooperation Organisation: Bedeutung für den Westen
- Nr. 65: Die Krise des NVV: Vor der Überprüfungskonferenz 2010
- Nr. 64: Britische Verteidigungspolitik: Strategieprozess und Reformdruck
- Nr. 63: Zivile Friedensförderung: Potenzial und Grenzen
- Nr. 62: Risikokommunikation: Nutzen für die Sicherheitspolitik
- Nr. 61: Schweizer Aussenpolitik 2009: Eine Standortbestimmung
- Nr. 60: Resilienz: Konzept zur Krisen- und Katastrophenbewältigung
- Nr. 59: Iran: Innere Krise und westlicher Handlungsspielraum
- Nr. 58: Ölpreis und Geopolitik: Gewinner und Verlierer
- Nr. 57: Kernenergie auf dem Vormarsch: Die Gefahr der Proliferation
- Nr. 56: Europas östliche Nachbarschaft
- Nr. 55: Operation Atalanta: Piraterie und Schweizer Sicherheitspolitik
- Nr. 54: Allianz der Widersprüche: Die NATO nach dem Jubiläumsgipfel
- Nr. 53: Atomare Abrüstung: Die USA und Russland verhandeln wieder
- Nr. 52: Strategic Foresight: Antizipation und Handlungsfähigkeit
- Nr. 51: Afghanistan: Neue Strategie und viele offene Fragen